

NAVIGATOR

Welt im Chaos?

Analysen mit Blicken zurück und Versuche über eine Neuordnung

Die Welt wird unsicherer. Was wir lange nur aus den Medien wahrgenommen haben und damit auf Distanz halten konnten, hat mit den Flüchtlingsbewegungen zum einen, den Terroranschlägen zum anderen nun auch Europa direkt erreicht. Die folgenden Publikationen zeigen Hintergründe und Ursachen dieser zunehmenden Fragilität der Welt auf, sie verweisen auf Versäumnisse und Fehler der internationalen Politik und sie suchen nach alternativen Lösungswegen. *Hans Holzinger* hat die Expertisen für ProZukunft gelesen. *Shila Auer* steuert Befunde über die Grenzen militärischer Interventionen bei und *Walter Spielmann* stellt ein Waldorf "Friedensprojekt" aus Kolumbien vor.



„Die UNO als ein eigenständig handlungsfähiges Subjekt existiert nicht, sondern die UNO ist ein kompliziertes Netzwerk von inzwischen 193 souveränen Nationalstaaten mit oftmals sehr unterschiedlichen Interessen.“
(Andreas Zumach in **115**, S. 11)

Machtlose UNO?

Andreas Zumach gilt als einer der wohl besten Kenner der internationalen Politik. Seit 1988 arbeitet er als UNO-Korrespondent mit Sitz in Genf für die Berliner tageszeitung (taz), die Zürcher Wochenzeitung (WOZ), die Presse in Wien sowie für weitere Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten. Nach „Die kommenden Kriege“ (2005) beschäftigt sich Zumach in seinem neuen Buch „Globales Chaos – Machtlose UNO“ mit den aktuellen Konfliktherden sowie den Kriegen der vergangenen Jahrzehnte und der Rolle, die die Vereinten Nationen darin spielten. Doch „die UNO“ als eigenständig handelndes Subjekt gäbe es nicht, stellt der Experte gleich zu Beginn klar. Diese sei vielmehr „ein kompliziertes Netzwerk von inzwischen 193 souveränen Nationalstaaten mit oftmals sehr unterschiedlichen Interessen“ (S. 11). Dieser Satz sei banal, müsse aber immer wieder in Erinnerung gerufen werden, weil in der Öffentlichkeit meist von pauschalem Versagen der Weltorganisation gesprochen werde. Gemessen an dem in der Gründungscharta von 1945 formulierten Hauptziel, „künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren“, seien die 193 Mitgliedstaaten der UNO gescheitert. Über 260 bewaffnete Konflikte zählt der Experte in den letzten sieben Jahrzehnten seit Gründung der Weltorganisation. Doch ohne die UNO und ihre Bemühungen zur Beilegung gewaltsamer Auseinandersetzungen hätten viele dieser Konflikte noch länger gedauert und noch mehr Tote und Verwundete gefordert. Zumachs klare Ansage: „Eine Auflösung der UNO würde den Rückfall in die Barbarei weitgehend unregelter zwischenstaatlicher Beziehungen bedeuten.“ (S. 12) In seinem Buch rekonstruiert der Journalist gewaltsam ausgetragene Konflikte der letzten Jahrzehnte von den Ölkriegen gegen den Irak über die Sezessionskriege in Jugoslawien bis herauf zu den aktuel-

len Kriegen in Syrien und in der Ukraine. Ein eigener Abschnitt ist dem Konflikt zwischen Israel und Palästina gewidmet, der seit dem gescheiterten UN-Teilungsplans von 1947 schwelt und seit der Zerstörung von 18.000 Wohnhäusern im von 1,5 Millionen Palästinensern bewohnten Gazastreifen im Sommer 2014 durch die israelische Luftwaffe eine erneute Zuspitzung erfahren hat.

Problem der Stellvertreterkonflikte

Zumach macht in seinen Analysen deutlich, dass nach wie vor geostrategische Interessen insbesondere der im UN-Sicherheitsrat vertretenen sogenannten „Veto-Mächte“ vor das Ziel, Kriege zu beenden und Blutvergießen zu verhindern, gereiht werden. Die Blockadehaltung von Russland und China im Syrienkonflikt sieht der Autor u. a. im Zusammenhang mit deren negativer Erfahrung bei der Enthaltung zu einer UN-Resolution für eine Flugsicherheitszone in Libyen, die von den USA, Frankreich und Großbritannien zu einem Krieg gegen das Gaddafi-Regime missbraucht worden sei. Den Ukraine Konflikt sowie die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland verortet Zumach im Kontext der permanenten NATO-Osterweiterung sowie dem Kosovokrieg. Aufschlussreich sind zuletzt die Ausführungen über den wachsenden Einfluss von Konzernen auf die UNO im Kontext des „Global Compact“ als Vertrag mit transnationalen Unternehmen, die auf Basis einer freiwilligen Selbstverpflichtung das UNO-Logo im Firmenauftritt verwenden dürfen, dafür aber erfolgreich die Festlegung verbindlicher Standards für TNCs (TransNational Concerns) verhindert haben. Mit der von der UNO eingesetzten Stieglitz-Kommission, ein aus ExpertInnen aus Nord und Süd bestehendes Gremium unter Vorsitz des kritischen US-Ökonomen, wurde versucht, im Zuge der Finanzkrise wirtschaftspolitische Kompetenz zu zei-

gen – die Gruppe hatte u. a. eine internationale Ankerwährung unabhängig vom Dollar vorgeschlagen; die Ergebnisse stießen zwar bei vielen Ländern des Südens und auch den Schwellenländern auf großes Interesse, konnten aber bislang lediglich, wie Zumach betont, mediale Wirkung entfalten.

„Globales Chaos – machtlose UNO“ ist ein lehrreiches Buch, das zeigt, wie weit wir von wirklicher globaler Governance sowie dem Abschied von für die Bevölkerungen der betroffenen Länder fatalen Stellvertreterkriegen entfernt sind. Offensichtlich kommt erst Bewegung in festgefahrene Konfliktsituationen, wenn reiche Staaten wie im Falle der Flüchtlingsbewegungen nach Europa in diesem Jahr unmittelbar tangiert werden.

Andreas Zumach war am 11. 12. 2015 in der Reihe „Zukunftsbuch“ zu Gast in der JBZ, wo er auch auf den angemessenen Umgang mit dem IS einging.

UNO: Konfliktregelung

115 Zumach, Andreas: *Globales Chaos – machtlose UNO. Ist die Weltorganisation überflüssig geworden?* Zürich: Rotpunkt, 2015. 263 S., € 22,- [D], 22,80 [A] ISBN 978-3-85869-644-1

Konfrontative Multipolarität

Auch der von der Stiftung Entwicklung und Frieden gemeinsam mit Partnern herausgegebene Band „Globale Trends 2015“ konstatiert eine „zunehmende Verantwortungslosigkeit in der aktuellen Weltgesellschaft, befördert durch eine Verantwortungsdiffusion unter staatlichen wie nicht-staatlichen Akteuren“ (S. 13). Die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sich ausbreitende „liberale Weltordnung“ unter der Hegemonie der USA sei zu Ende, konstatieren die HerausgeberInnen *Michele Roth* und *Cornelia Ulbert*; der wirtschaftliche Aufstieg neuer Mächte und Regionen erschwere es, westliche Ordnungsvorstellungen global durchzusetzen, was in den Verhandlungen der G20-Runden zu erfahren gewesen sei: „Globale Politikgestaltung ist damit deutlich komplexer geworden“ (S. 17). Derartige fundamentale Umbrüche würden Verunsicherungen und in der Folge zunächst häufig Verweigerungshaltungen provozieren, aber auch Chancen bieten: „Perspektivisch eröffnen sie die Chance, festgefahrene Strukturen und Rituale in internationalen Verhandlungskontexten zu überwinden“ (ebd).

Die AutorInnen der „Globalen Trends 2015“ negieren die Probleme und Versäumnisse der Weltpolitik keineswegs. Die gegenseitigen Blockaden im UN-Sicherheitsrat etwa in den Konflikten im Nahen Osten oder in Afrika und damit auch das Versagen, der dramatisch gestiegenen Zahl an

Flüchtlingen (Ende 2014 waren es 50 Millionen, mit Ende 2015 wird mit 60 Millionen gerechnet) wirksam entgegenzutreten, werden durchaus gesehen. Die insgesamt 23 Beiträge beleuchten alle Krisenphänomene der Welt, allen voran die bewaffneten Konflikte, die 2014 seit 2001 mit 32 einen neuen Höchststand erreicht haben. Mitherausgeber *Thomas Diebel* spricht von „konfrontativer Multipolarität in einer von ideologischen und sozialen Fragmentierungen gekennzeichneten Weltgesellschaft“ (S. 40). Nicht nur die kriegerischen Auseinandersetzungen, sondern auch die Zunahme der Mordrate (um über 20 Prozent seit 2008), der terroristischen Aktivitäten sowie des Handels mit konventionellen Waffen (um jeweils über 25 Prozent) haben laut einer zitierten Statistik den „globalen Frieden“ untergraben. Die erneuten Anschläge vom 14. November 2015 in Paris sind ein augenscheinlicher Beweis dafür. *Jochen Hippler* zeichnet am Beispiel der Bewegung „Islamischer Staat“, die sich im Machtvakuum des Irak gebildet hat, die Mitverschuldung der Krisen eskalation durch die westliche Interessenspolitik nach.

Globales Wirtschaftsversagen

Gesehen werden auch die dahinter liegenden ökonomischen und sozialen Probleme, wie Beiträge über das Ansteigen der Jugendarbeitslosigkeit etwa in der Maghreb-Region sowie die an zahlreichen Befunden dargelegte „Ungleichheit und ihre Folgen“ zeigen. Die wirtschaftliche Globalisierung nach dem Prinzip „The winner takes all“, der Standortwettbewerb, das Steuerdumping, die Kapitalakkumulation sowie schließlich politische Deregulierungen werden als wesentliche Ursachen der zunehmenden Einkommens- und Vermögensdisparitäten benannt. Die supranationale Politik habe bisher wenig zum Aufholen benachteiligter Staaten beigetragen, so das ernüchternde Fazit von *Michael Dauderstädt*, der Transferzahlungen zwischen Staaten („2 Prozent des Einkommens des reichen Fünftels der Staaten würden ausreichen, um das Einkommen des ärmsten Fünftels zu verdoppeln“) sowie bedingungslose Geldzahlungen an arme Privathaushalte in armen Ländern als womöglich geeignetere Form der Entwicklungszusammenarbeit propagiert (S. 193).

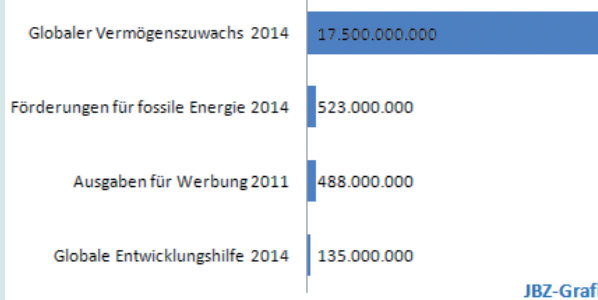
Tendenziell werden in der gegenwärtigen Globalisierung aber auch Chancen gesehen. Wirtschaftlich erstarkende Länder hätten die Möglichkeit, in der internationalen Arena neue Akzente zu setzen, Migration böte auch ökonomische Chancen der Umverteilung. So übersteigen die Rücküberweisungen von MigrantInnen in ihre Herkunfts-

„Die konsequente Weiterverfolgung der Strategie einer die Weltregionen übergreifenden Koalition williger Multi-lateralisten, die zur Bewältigung der globalen Herausforderungen auf das kollektive System der UNO setzen – das wäre die Alternative zu dem gefährlichen Versuch, eine neue, militärisch definierte multipolare Machtbalance oder gar nur eine bipolare Weltordnung der G-2 (USA und China) zu errichten.“
(Andreas Zumach in **115**, S. 14)



FACTS WOHIN DAS GELD DER WELT GEHT

Weltweite Ausgaben für staatliche Entwicklungshilfe im Vergleich zu anderen Geldströmen

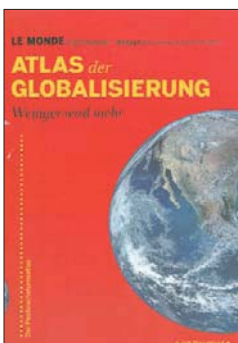


Die OECD-Staaten haben im Jahr 2014 135,2 Mrd. Dollar an Entwicklungshilfe (ODA = Official Development Assistance) geleistet, so Daten des Development Assistance Committee (DAC) entnommen einer Zusammenstellung des Welthaus Bielefeld. Der von den Geberländern angepeilte Anteil der ODA-Mittel von 0,7 Prozent am Bruttoinlandsprodukt wird damit weit verfehlt – er lag bei 0,29 Prozent. Lediglich Schweden und Norwegen lagen mit 1,1 bzw. 0,99 Prozent über diesem Zielwert. Deutschland erreichte 0,41 Prozent, Österreich knapp 3 und die USA nur 0,19 Prozent.

Die weltweiten Ausgaben für Werbung liegen beim über Dreifachen der Entwicklungshilfe, nämlich bei knapp 500 Mrd. Dollar. Und laut Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) wurden 2014 weltweit 523 Mrd. Dollar an staatlichen Subventionen für fossile Energien ausgegeben. Eine Studie des IWF, die die externalisierten Folgekosten der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas den direkten Subventionen hinzu addiert, kommt gar auf einen Betrag von 5,3 Billionen Dollar, wie einem Beitrag in „Die Welt“ vom 18.5.2015 zu entnehmen ist.

Die Geldvermögen sind laut einer Studie der Boston Consulting Group von 2013 bis 2014 hingegen von 146,8 auf 156,3 Billionen Dollar, was einem Zuwachs von 17,5 Billionen Dollar entspricht. Die Zahl der Milliardärshaushalte ist um 13 Prozent gestiegen. H. H.

länder mittlerweile die globale Entwicklungshilfe um das Dreifache. Neue Mittelschichten in den Ländern des Südens könnten ebenso zu Demokratisierungsprozessen beitragen wie die weiterhin wachsende globale Zivilgesellschaft – die Konsultationsprozesse zu den Post-2015-Sustainable Development Goals werden hierfür als vorsichtig positives Zeichen gewertet. Die Pluralisierung der Weltakteure böte demnach, so ein Tenor der Analysen, durchaus Entwicklungsperspektiven, auch wenn die USA trotz ihrer enormen Verschuldung weiterhin als dominierender Weltakteur betrachtet werden, was durch den (zumindest vorübergehenden) Aufstieg zum größten Energieexporteur aufgrund der Förderung nichtkonventionellen Erdöls („Schieferrevolution“)



noch unterstrichen werde. Die ungebrochene Nachfrage nach fossilen Energieträgern – der Großteil der um knapp 40 Prozent steigenden Energienachfrage bis 2035 wird laut Prognosen der Internationalen Energieagentur weiterhin fossil befriedigt werden – gibt, dies machen die Ausführungen ebenso deutlich, den Verhandlungen über die weltweite Eindämmung des Klimawandels freilich keine guten Karten. Daran werden auch die abschließenden Beiträge zu Produktion und Konsum („Stellschrauben für Nachhaltigkeit“) sowie alternative Wohlstandsindikatoren („Wir können das BIP nicht essen“) wohl nichts zu ändern vermögen.

Globale Trends

116 Globale Trends 2015. Perspektiven für die Weltgesellschaft. Hrsg. v. Stiftung Entwicklung und Frieden u. a. Frankfurt/M.: Fischer 2015. 341 S., € 16,99 [D], 17,50 [A] ISBN 978-3-596-03287-7

Grenzen des Kapitalozäns

Eine Vielzahl an Befunden weist auch der von *Le Monde Diplomatique* seit vielen Jahren herausgegebene „Atlas der Globalisierung“ aus, der 2015 in Kooperation mit dem Kolleg Postwachstum der *Friedrich Schiller* Universität Jena erstellt wurde. Der Schwerpunkt der insgesamt 51 Beiträge, die mit anschaulichen Grafiken illustriert sind, ist diesmal eben der Frage gewidmet, was die kapitalistische Wachstumsstrategie für die Umwelt und insbesondere auch für die von ihr ausgeschlossenen Menschen – noch immer zwei Drittel der Menschheit – bedeutet.

Im ersten Abschnitt „Wachstum“ werden Aspekte wie das Konsumnarrativ (*Juliet B. Schor*), die industrielle Produktion von Fleisch, Eiern und Milch (*Hila Sezgin*), „Chinas neue Mittelschichten“ (*Shi Ming*) oder „Wachstum und Naturausbeutung in Lateinamerika“ (*Kristina Dietz*) erörtert. *Elmar Altvater*, Träger des Salzburger Landespreises für Zukunftsforschung 2013, arbeitet den „Grundwiderspruch des 21. Jahrhunderts“, dass der globalisierte Kapitalismus auf eine stetig wachsende Wirtschaft angewiesen sei, nun aber an natürliche Grenzen stoße, heraus. In Anlehnung an den von *Paul Crutzen* geprägten Begriff des „Anthropozän“ spricht Altvater vom „Kapitalozän“, in dem Georingenieur die zerstörerischen Folgen des industriellen Wachstums mit der Technik bekämpfen, „die sie verursacht haben“ (S. 44), was zum Scheitern verurteilt sei.

Im zweiten Abschnitt geht es um „Versuche in Grün“. Ansätze eines „Green New Deal“ werden kritisch gewürdigt, wenn diese auch soziale As-

pekte der Umverteilung berücksichtigen (*Ulrich Schachtschneider*). Das „Projekt Energiewende“ wird als Chance gesehen (*Manfred Kriener*), ebenso die Forcierung von Bereichen wie Erziehung, Bildung und Gesundheit in einer sozialen Dienstleistungsgesellschaft (*Norbert Reuter*). Andere Beiträge verweisen freilich auf die „Illusion vom sauberen Wachstum“ (*Ulrich Brand*) sowie die Fallen des Rebound-Effekts (*Tilman Santarius*).

Dass die bisherige Wachstumsstrategie in globaler Perspektive große Konflikte heraufbeschwört, machen die Beiträge des dritten Abschnitts deutlich. Vor „Peak Everything“ im von Beschleunigung und Expansion getriebenen Kapitalismus (*Birgit Mahnkopf*) ist ebenso die Rede wie von den schlechten Arbeitsbedingungen des „Proletariats der Globalisierung“ (*Florian Butollo, Annette Jensen, Cosima Dannoritzer*) sowie von den sich zuspitzenden Landnutzungskonflikten (*Beatriz Rodriguez* u. a.) und Umweltschäden, etwa durch das Fracking (*Kiran Pereira*) oder den „Erdgasboom mit Nebenwirkungen“ (*Henning Mümmeler-Grunow*). Auch aktuelle Probleme in Europa werden angesprochen, etwa die sich verschärfende soziale Frage (*Steffen Liebig* u. a.; am „Fall Griechenland“ *Maria Markantonatou*).

Postwachstum

Der umfangreichste vierte Teil widmet sich schließlich Perspektiven eines „Postwachstums“. Die taz-Journalistin *Ulrike Herrmann* verweist zunächst auf den „schwierigen Übergang“ vom wachstumsgetriebenen Kapitalismus in ein anderes Wirtschaften, da es für den „Ausstieg“ keinen flächendeckenden Plan gäbe. *Barbara Muraca* vom Kolleg Postwachstumsgesellschaften verortet den Beginn der Postwachstumsdebatten im Frankreich der 1980er-Jahre, von wo der Funke zunächst auf südeuropäische und erst später auch auf andere Länder übergelassen sei. In den Folgebeiträgen werden Einzelaspekte wie eine solidarische Landwirtschaft („Säen für die Zukunft“, *Christiane Grefe*), Share-Economy (*Reiner Metzger*), eine „Ökonomie ohne Abfall“ (*Annette Jensen*) sowie Neuansätze in der Stadtentwicklung wie „Transition Towns“ oder „Shrimping Cities“ ausgeführt. Dass auch für die Länder des Südens zumindest Wege eines anderen Wachstums nötig sind, zeigen *Alberto Acosta* für Südamerika und *Chandran Nair* für Asien, „wo Bildung und sauberes Wasser viel wichtiger (sein) als freie Märkte“ (S. 126). Auch Neuansätze im Bereich der Technik („Open Design“), der Klimapolitik (mit „Deinvestment“ wird von *Rebecca Solnit* die Strategie des Finanzboykotts der klimaschädlichen Konzerne beschrieben) sowie generell der Suffizienz,

NEWS SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS

Den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs), die vor allem auf die Verringerung der Armut in den Entwicklungsländern ausgerichtet waren, folgen nun die Ende 2015 verkündeten Sustainable Development Goals (SDGs). Die 17 Ziele sollen den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Dimensionen von Nachhaltigkeit in ausgewogener Weise Rechnung tragen. Und sie sind auch ambitionierter. Gingen die MDGs von einer Halbierung der Armut aus, so lautet Ziel 1 nun: „Armut in jeder Form und überall beenden“. Entscheidend wird freilich sein, was die internationale Staatengemeinschaft an konkreten Handlungen setzt und welche Programme verwirklicht werden.

Download: <http://menschliche-entwicklung-staerken.dgyn.de/menschliche-entwicklung/ziele-fuer-nachhaltige-entwicklung-sdgs/>

die die Geldökonomie zumindest teilweise zurückdrängt (*Adelheid von Biesecker, Veronika Bennholdt-Thomsen* u. a.) werden vorgestellt. *Mathias Schmelzer* gibt einen guten Überblick über „Spielarten der Wachstumskritik“, wobei er fünf Ansätze darlegt: einen konservativen, einen liberalökologischen, einen radikalökologischen (*Niko Peach*), einen sozialökologischen sowie eben einen feministischen (S. 116ff.).

Einen kritischen Blick auf diese „Inseln des Übergangs“ wirft *Mathias Greffrath* in seinem Einleitungssessay. Nicht weil er die im Band geschilderten Alternativen für falsch hält, sondern weil diese an politische Grenzen stoßen. Gegen die Hoffnung auf einen allmählichen Wandel von unten sprechen für Greffrath nicht nur die sich schließenden Zeitfenster, sondern auch die historische Erfahrung, dass nur normative Zwänge wie Notlagen, Katastrophen oder Kriege Gesellschaften dauerhaft verändern. Alle Überlegungen zur „Postwachstumsgesellschaft“ sowie einschlägige „Pioniertaten“ würden „Übungen in Vergeblichkeit bleiben, wenn sie nicht mit einer Politisierung der ökologischen Aktivist:innen und einer Instandsetzung der politischen Institutionen einhergehen“ (S. 13), macht der Autor dann doch eine Zukunftsperspektive auf. Es gälte nicht nur, die Aufmerksamkeit auf Peak Oil, Peak Soil oder Peak Water zu richten, sondern auch auf einen drohenden und abzuwendenden „Peak Democracy“. Ein Befund, dem wohl zuzustimmen ist, was freilich die Qualität der äußerst informativen Publikation keineswegs schmälert, insbesondere weil in vielen der Beiträge Machtfragen explizit thematisiert werden.

Globalisierung: Wachstum

117 *Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr.* Hrsg. v. *Le Monde Diplomatique* u. a. Berlin: taz-Verlag 2015. 173. S. Mit zahlreichen Abb. Download mittels jedem Verkaufsexemplar beigefügten PIN-Code. € 16,- ISBN 978-3-937683-57-7

„Die Frage lautet nicht, ob wir uns vom Wachstum verabschieden wollen, sondern wie der Abschied vonstatten gehen soll: geplant oder erzwungen, 'by design' oder 'by disaster'.“ (*Atlas der Globalisierung 2015* in **117**, S. 10)